

Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband
Wunsiedel
Am Frauenholz 22
95615 Marktredwitz

Berlin, den 9. August 2012

Endlagersuchgesetz

Sehr geehrte Mitglieder des Bündnis-90/Die-Grünen-Kreisverbandes Wunsiedel,

wir möchten Ihnen anbei einen Offenen Brief zur Kenntnis geben, den unsere Geschäftsführerin Brigitte Behrens vor wenigen Tagen an die Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen bei den Verhandlungen über ein Endlagersuchgesetz - Winfried Kretschmann, Eveline Lemke und Jürgen Trittin – geschrieben hat und in dem Greenpeace sie dazu aufruft, die Verhandlungen über ein Endlagersuchgesetz auszusetzen.

Darüber hinaus möchten wir Sie bitten, uns die Position Ihres Verbandes zu folgender Frage mitzuteilen:

Im Beschluss der Freiburger BDK vom 19.11.2010 heißt es:

„Nach den Kriterien des AK End kann Gorleben genauso wenig Standort im Vergleichsverfahren werden wie die gescheiterten Standorte Asse und Morsleben solchen Kriterien standgehalten hätten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden daher alles daran setzen, innerhalb einer Legislaturperiode die Aufgabe des Endlagerstandortes zu erreichen. Wir wollen den Bau eines Endlagers in Gorleben sofort und endgültig beenden und den Standort rückbauen.“

Stünde eine Zustimmung zu einem Endlagersuchgesetz, das keinen sofortigen Ausschluss des Standortes Gorleben aus der Endlagersuche vorsieht, Ihrer Auffassung nach im Einklang oder im Widerspruch zu diesem BDK-Beschluss?

Für eine - möglichst zeitnahe - Beantwortung dieser Frage wären wir Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Breuer
Leiter der Klima- und Energieabteilung

Tobias Riedl
Atom-Experte bei Greenpeace

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG, KTO: 33 400, BLZ: 430 609 67
Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg

An die
Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen bei den
Bund-Länder-Verhandlungen über ein
Endlagersuchgesetz

Ministerpräsident von Baden-Württemberg
Winfried Kretschmann, Fax: 0711 2063-660

Stellvertretende Ministerpräsidentin von Rheinland-
Pfalz, Eveline Lemke,
Fax: 06131 16-2100

Fraktionsvorsitzender Bündnis 90 / Die Grünen
Jürgen Trittin, Fax: 030 227-76203

Hamburg, 9. Juli 2012
pv/en

**Aufruf zum Aussetzen der Verhandlungen über ein Endlagersuchgesetz und
zu einem echten Neuanfang bei der Endlagersuche**

Sehr geehrter Herr Kretschmann, sehr geehrte Frau Lemke, sehr geehrter Herr Trittin,

Greenpeace wendet sich heute in Form eines Offenen Briefes an Sie, um Sie dringend
aufzufordern, die Verhandlungen mit der Bundesregierung und den Bundesländern zur
Erarbeitung eines Endlagersuchgesetzes vorerst auszusetzen.

Seit mehreren Jahrzehnten setzen wir uns aktiv für einen wirklichen Neustart bei der
Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle und für ein tatsächlich
ergebnisoffenes, faires und transparentes Standortauswahlverfahren in Deutschland
ein. Vom Auftakt der als „Konsultationen“ deklarierten Verhandlungen über ein
Endlagersuchgesetz zwischen Bund und Ländern am 11. November 2011 an bis
heute hat Greenpeace sich bemüht, Informationen über Stand und Fortgang der
Verhandlungen zu erhalten, diese öffentlich zu machen und zu bewerten. Mit Hilfe von
Gutachten und Stellungnahmen haben wir einerseits Impulse für die Debatte der Bund-
Länder-Arbeitsgruppe gegeben und uns andererseits darum bemüht, die Debatte
dorthin zu verlegen, wo sie unserer Auffassung nach hingehört: In die Mitte der
Gesellschaft. Heute, acht Monate nach Beginn der Verhandlungen, müssen wir
feststellen, dass unsere anfänglichen Befürchtungen im Hinblick auf die Verhandlungen
und ihre Ergebnisse noch negativ übertroffen worden sind:

Spendenkonto

GLS-Bank, KTO: 33 400, BLZ: 430 609 67

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

GREENPEACE

Greenpeace e.V. T 040 3 06 18-0, F 040 3 06 18-100, mail@greenpeace.de, www.greenpeace.de
Anschrift: Greenpeace e.V., Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg
Anfahrt: S-Bahn: Linie S1 und S5, Station: Königstraße, Bys: Linie 112 und 383, Station: Fischenmarkt
Politische Vertretung Berlin: Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, T 030 30 88 99-0, F 030 30 88 99-30

1. Die Struktur des Auswahlverfahrens, auf das Sie sich mit den Verhandelnden von Bundesumweltministerium (BMU) und Ländern im Gesetzesentwurf vom 8. März offenbar bereits geeinigt haben, verstößt gegen das Grundgesetz. Wie das von Greenpeace am 20. April 2012 veröffentlichte Rechtsgutachten darlegt, würde das von Ihnen erarbeitete Verfahren Bürgerrechte in erheblicher Weise verkürzen, da es auf der schrittweisen Verabschiedung von fünf Bundesgesetzen beruht. Ohne Not wählen Sie dieses Instrument der „Legalplanung“ und verhindern dadurch die verwaltungsgerichtliche Überprüfbarkeit des Verfahrens, nehmen Bürgern an allen potentiellen Standorten den Rechtsschutz, verhindern eine durch neue Erkenntnisse bei der Entwicklung des Stands von Wissenschaft und Technik bedingte Korrektur von Fehlentscheidungen undbürden dem Steuerzahler die gesamte Finanzierung des Auswahlverfahrens auf, weil die Abfallverursacher zur Finanzierung von gesetzesvorbereitenden Maßnahmen nicht herangezogen werden dürfen.
2. Die Aufnahme von Verhandlungen für ein Endlagersuchgesetz durch eine hinter verschlossenen Türen tagende Bund-Länder-Arbeitsgruppe ohne eine konsequent von Beginn an ermöglichte Beteiligung der Parlamente, der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit hat das Vertrauen in diesen Prozess zerstört. Die Erarbeitung des Endlagersuchgesetzes unter starkem, durch Wahlen motiviertem Zeitdruck ohne eine nationale Debatte vor (!) Verabschiedung des ersten Rahmengesetzes führt zu einem Verfahren, das weder ergebnisoffen, noch transparent oder gar fair ist. Wir brauchen in einem ersten Schritt eine öffentliche Debatte, die wirklich national geführt wird – und nicht nur in der Region Gorleben. Allein dieses Vorgehen kann das notwendige Vertrauen der Zivilgesellschaft in einen Endlagersuchprozess schaffen, der immerhin mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird und am Ende mit einem akzeptierten Standort abgeschlossen werden soll.
3. Anstatt mit einem Ausschluss des erwiesenermaßen geologisch ungeeigneten und politisch verbrannten Standortes Gorleben den Weg zu einem unbelasteten Neuanfang frei zu machen, haben sich alle Parteien, also auch die Grünen, auf die Bereitschaft verständigt, den gescheiterten Standort Gorleben in ein zukünftiges Verfahren einzubeziehen. Damit wird in Kauf genommen, dass ein zukünftiges Verfahren durch die Mängel des Salzstocks Gorleben „kontaminiert“ und bestimmt wird: Jede Entscheidung, nicht nur über die Sicherheitskriterien zur Findung des bestmöglichen Endlagerstandortes, ist so gleichzeitig immer auch eine Entscheidung über den Standort Gorleben. Dies verhindert ein ergebnisoffenes Verfahren und die Findung des bestmöglichen Standortes.
4. Der bisherige Gesetzesentwurf schreibt nicht fest, dass das Suchverfahren die Auswahl des „bestmöglichen“ Standorts auf Basis von höchstmöglichen geologischen Sicherheitskriterien zum Ziel haben soll. Stattdessen sollen „öffentliche Belange“ bei der Abwägungsentscheidung über einen Standort einbezogen werden dürfen. Dies ist ein Einfallstor für all jene Interessensgruppen, die Gorleben mit seinen vielen „öffentlichen Belangen“ (nämlich der getätigten Investitionen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro sowie der Präsenz der Castoren und der Pilotkonditionierungsanlage (PKA)) doch noch zum Endlager machen wollen.

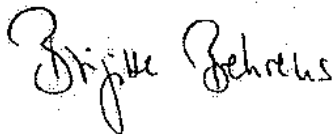
5. Im bisherigen Gesetzesentwurf heißt es nur, dass man „mindestens einen Standort“ untertägig erkunden müsse. Am Ende könnte doch wieder nur ein Standort, nämlich Gorleben dabei heraus kommen. Für ein wirklich ergebnisoffenes Verfahren müsste festgeschrieben werden, dass mindestens zwei Standorte pro Wirtsgestein untertägig erkundet und in gleichem Ausbaustand verglichen werden müssen.

Vor dem Hintergrund dieser zahlreichen und schwerwiegenden Mängel im Verfahren und der bisherigen Verhandlungsergebnisse fordern wir Sie dringend auf, den Prozess auszusetzen. Fordern Sie stattdessen Bundesumweltminister Peter Altmaier auf, im ersten Schritt – noch vor Verabschiedung eines Rahmengesetzes – einen Beteiligungsprozess mit einer öffentlichen und breit angelegten nationalen Endlagerdebatte in ganz Deutschland zu initiieren. Erst auf diesem festen Fundament eines gesellschaftlichen anstatt lediglich eines parteipolitischen Konsenses, kann im zweiten Schritt ein Endlagersuchgesetz verabschiedet werden.

Ein Endlagersuchgesetz, durch das ein echter Neubeginn und am Schluss ein gesellschaftlich akzeptiertes Atommüllendlager in Deutschland erreicht werden soll, muss allein dem Ziel verpflichtet sein, den bestmöglichen Standort in der Bundesrepublik zu finden – ohne wahitaktisch motivierten Zeitdruck, der das gewünschte Ergebnis ins Gegenteil verkehrt. Wer am Anfang des Suchverfahrens schwerwiegende Mängel in Kauf nimmt, die am Ende zu einem Scheitern des Prozesses führen, spart keine Zeit, sondern vergeudet weitere Jahre in einer der wichtigsten umweltpolitischen Fragen unserer Zeit.

Ich bitte Sie um Stellungnahme zu diesem Offenen Brief bis zum 13. Juli 2012.

Mit freundlichen Grüßen



Brigitte Behrens
Geschäftsführerin